

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung

..... der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abgabepreis: Die 8-seitige Seite 1,30 Mk. von auswärtig 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach Bel. Tarif, die 3-seitige Seite 6.— Mk. von auswärtig 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Abnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2390.

Nr. 264

Freitag, den 11. November 1921

12. Jahrgang

Die neue preussische Regierung

wurde in der gestrigen Landtags-Sitzung vom Ministerpräsidenten Brauns vorgestellt. Der Ministerpräsident gedachte in seiner Programmrede dann der Not der besetzten Gebiete und besonders der Vordrängung Oberschlesiens. Um den Staatshaushalt zu balancieren, müsse die steuerliche Kraft unseres Volkes noch weiter angespannt und vor allem der Besitz im vollen Umfang seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes müssen gefördert werden, besonders die landwirtschaftliche Erzeugung, und wir wollen Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Die Wünsche des Wanders, der Freistatigung und der wüsten Spekulation auf dem Waren-, Effekten- und Devisenmarkt müssen bekämpft werden. Vor allem muß die Jugendberufshilfe in den Schulen auf Stärkung des Gemeinbewusstseins gerichtet sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist die Demokratisierung der Verwaltung. Die dazu bestimmten Gesetze werden mit künftiger Beschleunigung vorgelegt werden. Die Beamenschaft muß bereit sein, die Verfassung mit allen Mitteln zu schützen. Ein zeitmäßiges Disziplinargesetz ist vorbereitet. Die Abspaltung einzelner Gebiete aus dem preussischen Staatsgefüge kann die Regierung nicht unterstützen. Wir wollen ein gedeihliches Zusammenarbeiten der preussischen Regierung mit der Reichsregierung. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien will ihre ganze Kraft einsetzen, um unser Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren und einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hauschild (Soz.) erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde; ebenfalls der Zentrumsgewerkschafter Dr. v. Krause (D. Vp.) erklärt u. a., daß seine Freunde dem Ministerpräsidenten Braun einstimmig ihr Vertrauen bekunden werden. Auf Antrag der Deutschnationalen wurde Verlesung der weiteren Aussprache auf Freitag beschlossen.

Die bisherige Stellungnahme der Berliner Presse zum Programm der neuen preussischen Regierung enthält jeder Besonderheit. Der „Vorwärts“ schreibt: Für die sozialdemokratische Partei kann nur die Frage entstehen, ob ihr das, was das Programm verspricht, im Augenblick genügen kann. Festzuhalten sein wird, daß das neue Regierungsprogramm ein Mindestprogramm ist und daß die Zustimmung zu ihm eine moralische Bindung in sich schließt. Wird es verwirklicht, so ist fürs erste alles getan, was für die Zukunft nötig ist. Stützt die Verwirklichung auf Hindernisse, dann wird man gegen die Mäler dieser Hindernisse die schwersten Vorwürfe erheben müssen, denn sie werden es dann sein, die ihrem Wort untreu geworden sind.

Die Bekämpfung der Devisenspekulation.

Es ist als eine feststehende Tatsache anzusehen, daß sich der Devisenhandel längst nicht mehr auf die Kreise beschränkt, die infolge ihrer kaufmännischen Tätigkeit gezwungen sind, sich Devisen zu beschaffen, sondern daß gerade der „wilde“ Devisenhandel, der sich zum Teil auf der Straße, in Cafés und Gasthäusern abspielt, fast noch umfangreicher geworden ist. Dem berechtigten Verlangen der Öffentlichkeit an die Regierung, hier endlich einmal durchzugreifen, hat sich diese nicht verschlossen. Ein Gesetz, das die Devisenspekulation treffen soll, ist vom Reichswirtschaftsminister vorgelegt und bereits von der Regierung genehmigt worden. Danach darf der Handel mit fremden Devisen, Banknoten und Geldsorten nur noch durch die Vermittlung der Banken erfolgen. Die Banken werden verpflichtet, diese Geschäfte nur mit solchen Personen abzuschließen, die über eine ausreichende Legitimation verfügen. Die Banken müssen über jedes Devisengeschäft einen Echtheitschein ausstellen, der dem Finanzamt des Devisenkäufers zuzusenden ist.

Deutschland folgt damit vorhandenen Spuren. In Oesterreich und Finnland hat man den Handel mit ausländischen Werten durch gesetzgeberische Maßnahmen einzuzengen versucht, und namentlich in Finnland weist die Durchführung der Gesetzgebung gegen die Valutaspekulation gute Erfolge auf. Freilich muß dazu bemerkt werden, daß im agrarischen Finnland dem Devisenhandel naturgemäß viel engere Grenzen gesteckt sind als in dem stark exportierenden Deutschland, in dem die Zahl der Ausfuhrbewilligungen täg-

lich etwa 70 000 beträgt. Deutschland hatte bis vor einiger Zeit allerdings einen Regulator für den Devisenverkehr in Gestalt der Devisenzentrale, durch die jeder Einkauf fremden Geldes zu erfolgen hatte. Diese Zentralisierung war aber nur dadurch möglich, daß auch die Einfuhr von Waren infolge der Zwangswirtschaft zusammengefaßt war, ihre Aufhebung mußte die Aufhebung der Devisenzentrale nach sich ziehen. Trotz der großen Schwierigkeiten, die einer nachdrücklichen Kontrolle des Verkehrs mit fremden Zahlungsmitteln entgegenstehen, will die Reichsregierung nun versuchen, die Auswüchse des Devisengeschäfts und die spekulativen Devisenankäufe zu treffen. Die maßgebenden Stellen sind sich darüber klar, daß das neue Gesetz zu einem wesentlichen Rückschlag der ausländischen Zahlungsmittel nicht führen wird. Es soll aber vor allem bezweckt werden, die Knappheit des Devisenmaterials zu beheben und durch Ausschaltung und Abschreckung des privaten Handels die wilde Spekulation einzudämmen. In Zukunft wird jeder Devisenkauf oder Verkauf zur Kenntnis des Finanzamtes kommen, das jederzeit in der Lage ist, den etwaigen Gewinn steuerlich zu erfassen. Wenn die geplanten Maßnahmen dazu beitragen, die zu einer volkswirtschaftlichen Gefahr gewordene ausgedehnte Spekulation einigermaßen einzudämmen, so wird der Zweck des Gesetzes im wesentlichen erreicht sein. Bei dem Umfang, den die Valutaspekulation in Danzig angenommen hat, wird die Durchführung gleicher Maßnahmen gefordert werden müssen. Vor allen Dingen sollte der Freistaat nicht zögern, dem ihm vom Reiche gemieteten Weg der steuerlichen Erfassung der Valutagewinne zu folgen.

Die Verhandlungen in der Reparationsfrage.

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission. Der Reichskanzler gab einen kurzen Überblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in der Auslandspresse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere. Ueber den Gang der weiteren Verhandlungen und ihre vorläufige Dauer können vorläufig Mitteilungen nicht gemacht werden.

Die Kämpfe in der Ukraine.

In den schweren Kämpfen um Proskurov ist auf ukrainischer Seite der ehemalige Kriegsminister der Petljura-Regierung, General Galin, gefallen. Die Eisenbahnlinien Schmerinka-Winniza (200 Kilometer südwestlich von Kiew) befindet sich in den Händen der Aufständischen. In der Ukraine sind gegenwärtig drei Sowjetarmeen zusammengezogen; in dem Aufstandsgebiet rechts des Dnepr operieren 12 rote Divisionen. Außerdem versehen das Rote Kiewer Kavalleriekorps und mehrere Panzerzüge den Bewachungsdienst auf den Eisenbahnen. Die Gesamtlage läßt sich zurzeit nicht übersehen. In Podolien scheint völlige Anarchie zu herrschen. In den Dörfern werden bezeichnenderweise von beiden kämpfenden Parteien Mobilisationsbefehle ausgehändigt.

Polen zieht Zeligowski zurück.

Am 11. Dezember beginnen im Wilna-Gebiet die Wahlen zur „Nationalversammlung“, die gegen den Willen des Völkerbundes von der Zeligowski-Regierung einberufen wird, um über die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes zu entscheiden. Die Abberufung des Generals Zeligowski aus Wilna ist in Warschau beschlossene Sache und wird nach vor Beginn der Wahlen erfolgen. An die Spitze der mittellitauischen Regierung soll an seine Stelle Simon Meyzlowicz treten, der aus dem Wilna-Gebiete stammt und vor der Revolution Mitglied des russischen Staatsrates gewesen ist.

Von kommunistischer Seite ist im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht worden, in der die Reichsregierung gefragt wird, ob sie gewillt sei, die Freilassung der beiden spanischen Syndikalistens anzuordnen, die unter dem Verdacht des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato von der Berliner Polizei verhaftet worden sind.

Der „Pferdefuß“ der Kredithilfe.

Auslieferung der Reichsbetriebe an das Privatkapital.

Berlin, 11. Nov. (WZ.) Der Reichsverband der deutschen Industrie hat erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reiche Goldsaluten zugeführt werden könnten. Zu einer Erklärung der vom Reichsverband gefassten Resolution hat der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten. Dr. Sorge vom Reichsverband führte aus: Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu stehenden Fragen der parlamentarischen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslbens von den ihm auferlegten Fesseln (?) kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, von den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung geschaffenen Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nützung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen. Die Durchführung der Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Der Reichskanzler erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde. Sie wird hoffentlich die einzig mögliche Antwort auf diese unerhörten Bedingungen finden, nämlich die entschiedene Abweisung, wie sie von den Arbeiterorganisationen gefordert wird.

Die Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Wir sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer kämpfen an die Kredithilfe Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Entrechtung und materielle Schädigungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter herbeiführen müßten. Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

Eisenbahner-Protest

gegen die Entstaatlichung der Reichsbahnen.

Berlin, 10. Nov. (WZ.) Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter sowie auch Beamtensrat und Betriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichsbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationen und die Betriebsvertretungen sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Veränderung in der Betriebsform der Reichsbahnen aus. Sie überreichten dem Verkehrsminister folgende Entschließung mit der Bitte, sie unverzüglich zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen: Die heute versammelten bevollmächtigten Vertreter sämtlicher Großorganisationen des Eisenbahnpersonals sind sich darüber einig, daß die deutsche Reichsbahn nur in der Form des unmittelbaren Betriebes durch das Reich die Gewähr für eine richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben bietet. Sie lehnen deshalb aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichsbahn in jeder Form ab und erklären, daß sie den Bestrebungen auf Entstaatlichung der Bahnen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückzusehen werden. Vom Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er seinerseits mit allen Kräften den Versuchen nach Privatisierung der Bahnen sich entgegenstelle.

Vollstreckung der Sozialdemokratischen Verurteilung in Georgien.

Die Verurteilung der Sozialdemokratischen Verurteilung in Georgien.

Nach dem analogen Tode des Genossen Tischtschinski ist sich die von Moskau eingesetzte Kommission gezwungen, den Minister und Begründer der georgischen Sozialdemokratie, Elisei Tschibladze, aus dem Land zu entlassen. Dieser fand wurde der Verurteilung aus dem Land nach seinem Heim, das unterdessen ausgeplündert war, gebracht. Sein Zustand war sehr besorgniserregend, und es erhebt sich die Frage, ob er noch am Leben ist, in mehr als zweifelhaft. Als junger Student schloß sich Tschibladze der revolutionären Bewegung an und wurde im Jahre 1903 an drei Tagen inhaftiert. Mit einer kleinen Selbstverleugung und einer Energie (sonderbarerweise) fand er sich als ein Hindernis an der Spitze der georgischen Partei. Er war der erste Vertreter der georgischen Arbeiter, der 1900 nach Petersburg emigrierte, um eine reguläre Verbindung mit den russischen Genossen herzustellen. 1908 erhielt er eine längere Gefängnisstrafe mit nachfolgender Verbannung nach Sibirien. Die Unruhe von 1908 ermöglichte eine Rückkehr. Der politische Vorgesetzte war es aber dort schon derartig bekannt, daß er nicht mehr offen auftreten konnte und unter falschem Namen leben mußte; seine Arbeit setzte er zerkümmert fort. 1910 wanderte er wieder insibirische Verbannung. Bei den Wahlen in die Allrussische Konstituante (1917), bei denen der georgische Sozialismus (1918), in den Tschibladze Arbeiterdelegationen mit sich führte, seine Namen immer an die erste Stelle der Kandidatenliste. Der „Lette“ war, wie ihn die Arbeiter nennen, ein Mann mit schneeweißem Haar, mit einem Knochengehäuse wie aus Marmor gemacht, aber mit den blühenden Augen eines Jünglings. Er beherrschte in Tiflis alle größeren Arbeiterversammlungen und sah sich dort wie ein Vater, umringt von seinen Kindern. Darum auch kam er gleich auf die Vollstreckung der Verurteilung und war einer der ersten, die ins Gefängnis genommen wurden.

Von 1903 bis 1917 hat Tschibladze so manches Gefängnis kennen gelernt und verließ es immer mit vollem Mut. Auch diesmal schied er ihn anfangs das Gefängnis nicht, als er nach seiner Wohnung gebracht wurde. Dieser war nur der Gedanke, daß die Vollstreckung der Verurteilung aufgeschoben wurde, die einst — seine Schüler waren... Sie kamen aus Moskau zusammen mit den russischen Truppen und übernahmen von den Okkupationsbehörden eine Funktion, in der sie höchste „Kompetenz“ besaßen: die Ausrottung aller bedeutenden Kräfte der Sozialdemokratischen Partei. Unter diesen Genossen waren manche, die er und Joe Jordania aus dem Glauben, aus dem Streikschmerz geholt und zu Menschen gemacht hatte. Sie hatten jetzt den Feindern den Weg zu ihm gezeigt. Was der Kreis in den fünf Monaten seiner Gefängnishaft zu erdulden hatte, übertraf alles Grauen der alten zaristischen Katakomben von Ost und erinnerte an die Schilderung der Bolschewiken-Holocausten in Ungarn.

Und als die Moskauer Agenten den Schwerverwunden aus dem Gefängnis tragen ließen, geschah es nur, weil die Gefängniswärter ihnen die Verurteilung abgaben, daß er im Sterben liegt.

Kabbruch und der Verbrecher.

Einem fürchterlichen Skandal ist die bürgerliche Presse auf die Spur gekommen. Der Reichsjustizminister, Genosse Dr. Kabbruch, unterhält Beziehungen zu einem Verbrecher! Zwischen ihm und dem Verbrecher besteht sogar nach dem „Berl. Volksblatt“ eine „gewisse Intimität“. Die Folge ist, daß Kabbruch sich sogar für die Befreiung des Verbrechers einsetzen will. Da haben wir einen sozialistischen Justizminister!

Für Verurteilung des entsetzten Publikums wollen wir mitteilen, daß der Verbrecher kein anderer ist — als der Dichter Ernst Toller, der noch immer von der bayerischen Regierung in der Festung Landsberg inhaftiert wird und nicht einmal Urlaub zu der Aufführung seines Dramas „Masse Mensch“ erhalten hat. Toller ist bekanntlich wegen rein politischer Vergehen, unter ausdrücklicher Zuerkennung der ehrenhaften Bekanntheit zu Festungshaft verurteilt worden. Fast zwischen diesem Mann und einem Justizminister Beziehungen bestehen können, ist allerdings der Gipfel dessen, was in einer Republik passieren kann. Unter dem alten System wäre es ganz undenkbar gewesen, daß ein Justizminister mit einem geistig hochstehenden Menschen Verkehr gehabt hätte, obwohl die geistig hochstehenden Menschen meist nur mit Unbegreiflichem verkehren! Auch in Ruhr-Bayern haben die Justizminister den Verkehr mit staatsfeindlich verfassten Rapp-Verbrechern vorzuziehen.

Erzbergers Rehabilitierung.

Ein führender deutscher Jurist hat seinerzeit ein ausführliches Rechtsgutachten zum Prozeß Erzberger gegen Reichsminister verfaßt. Dieses Gutachten ist jetzt von Erzbergers Verteidiger herausgegeben worden. Auch wenn der Levede durch dieses Gutachten nicht mehr entlastet werden kann, da die Augen der Geschworenen Mörder zu gut getroffen haben, so wird doch das Ansehen des Verurteilten durch diese Ausführungen in ein ganz anderes Licht gestellt. Nachdem der Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit durch den Beschluß des Landgerichts erhärtet wurde und der Vorwurf der Steuerhinterziehung durch die jetzt beendete Voruntersuchung in nicht zersplittert ist, bleibt von den im Moabit Urteil erhärteten Vorwürfen kein einziger übrig, der berechtigen könnte, die persönliche Ehrenhaftigkeit Erzbergers noch fernherin in Zweifel zu ziehen. Was übrig bleibt, wird in diesem Rechtsgutachten mit solch zwingender Logik zerpflückt, daß wirklich eben nur noch das Nichts bleibt. Aber über diese Äußerungen des Rechtsgutachtens hinaus und über den Tatbestand hinaus, daß Erzberger ein Unrecht geschahen ist, verdienen die zum Schluß des Gutachtens abgegebenen

Reformvorschlüsse betreffend das Verfahren und die Bestrafung in Verleumdungsprozessen gerade heute ganz besondere Beachtung. Es wird u. a. auf die Unhaltbarkeit des § 188 des Strafgesetzbuches hingewiesen. Dieser Paragraph darf nicht mehr dazu dienen, ein Verleumdung für neue Verleumdungen im Verleumdungsverfahren zu sein. Das Gutachten bringt weiterhin einen Vorschlag zum Schutz der Ehre der Männer, die im öffentlichen Leben stehen. Schon hat der Reichstagsrat mit Rücksicht auf den Verlauf und die Folgen des Reichsgericht-Prozesses erhöhten strafrechtlichen Schutz gegen politische Verleumdungen in nahe Zukunft gestellt. Wenn diese Vorkehrungen zu gesetzgeberischer Tat sich entwickeln, dann hat, wie sein Verleumdung ausführt, Erzberger auch noch durch seinen Tod das höchste Ziel seines Lebens, dem Wohle des Volkes zu dienen, gefördert.

Lohnherabsetzung trotz Schutzzolls.

Die nordfranzösischen Textilindustriellen haben ihre Arbeiterkraft in den Streik getrieben, indem sie trotz der neuerdings erfolgten Verleumdung der Lebenshaltung unerträgliche Lohnherabsetzungen vornehmen wollten. Sie beschließen hartnäckig auf dieser Absicht und sind gegenüber den Vermittlungsversuchen der Regierung stumm geblieben. Die Regierung bewahrt in dem Konflikt ihre Neutralität — sie behauptet, über kein Mittel zu verfügen, um die Unternehmer zu beeinflussen. Das Organ des französischen Gewerkschaftsbundes „Le Peuple“ bezeichnet einen Weg, wie die Arbeiter die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingen könnten, wenn sie nur wollten. Vor einigen Monaten ist nämlich der französische Textilindustrie ein Zollschutz gewährt worden, der durch seine Höhe alles Bestehende übertrifft und der die Einfuhr, besonders auch die englische, unmöglich macht. „Le Peuple“ bezeichnet diese Zölle als „Skandal“ und als Attentat gegen die Bevölkerung. Die Preise in der Bekleidungsindustrie — auch der Artikel für die unbemittelte Bevölkerung — haben sich dadurch ins Ungemessene erhöht. Die Industriellen haben die Schutzzölle mit Berufung auf ihre Arbeiter erzwungen, sie gaben vor, deren Löhne nicht herabsetzen zu wollen. Jetzt, wo sie die Schutzzölle haben und die Konkurrenz ausschalten, kommen sie mit der ungerechtfertigten Lohnherabsetzung. „Wenn die Regierung — sagt „Le Peuple“ — die Herren Unternehmer mit der Abschaffung oder Herabsetzung der Schutzzölle bedrohen würde, fällt sie ihren Arbeitern die zum Leben unbedingt notwendigen Löhne nicht bezahlen, so würden sie sofort gefügt. Das tut die Regierung aber nicht!“ Ziehen wir die Lehren dieses sich oft wiederholenden Falles:

1. Auch hier sehen wir, was so oft geschieht, wie die Kapitalisten die Arbeiterschaft als Vorpaan zur Erreichung ihrer egoistischen Interessen benutzen. Haben sie einmal ihr Ziel erreicht — nun, dann kümmern sie sich nicht um die Interessen der Arbeiterschaft. Der Mohr hat seine Pflicht getan — der Mohr kann gehen.

2. Die Schutzzölle können zwar die Inlandspreise erhöhen, sie erschweren aber den Export, da sie die anderen Länder zu ähnlichen Maßnahmen zwingen.

3. Die französischen Textilarbeiter hätten gegen die Schutzzölle schon damals protestieren sollen, als diese eingeführt und bewilligt wurden. Schutzzölle sind zwar unter außergewöhnlichen Umständen — wie z. B. als Verteidigung gegen beschäftigtes „Dumping“ (das sogenannte Valuta-Dumping ist kein beschäftigtes Dumping, es ist nur die Folge der Valuta-Entwertung) — unvermeidlich, in diesem Falle waren sie von vornherein zu verwerfen. Indem sie die Lebenshaltung verteuern, vermindern sie die Kaufkraft der übrigen Arbeiterschaft und erschweren die Wiederherstellung des Verkehrs. Die Arbeiter einer Industriegruppe können zwar ihre besonderen Interessen verteidigen, immer jedoch, indem sie ihr Augenmerk auf den Gesamtzusammenhang der ganzen Wirtschaft richten und auf das allgemeine Interesse und in Solidarität mit den Interessen der übrigen Arbeiterschaft.

Patriotismus und Stillschaltung.

In Berlin findet dieser Tage der große Prozeß gegen den Theaterdirektor statt, der den Schützling „Meigen“ in der Reichshauptstadt zur Aufführung gebracht hat. Dieses Gerichtsverfahren hat — leider — eine gewisse zeitgemäße Bedeutung über Berlin hinaus. Bekanntlich ist das Stück auch in München und Dresden Gegenstand scharfer Angriffe gewesen, die sogar dazu geführt haben, daß es vom Spielplan wieder abgesetzt wurde. Unbestreitbar ist in dem Stück ein ebenso bedeutendes wie heikles Thema behandelt, und daß es unzweifelhaften stillen Ernst voraussetzt, wenn man zu dem Thema der Liebe und des freien, sexuellen Verkehrs wie zu diesem Stück von der Seite der öffentlichen Moral her Stellung nehmen will. Arthur Schnitzler ist seit Jahrzehnten als einer unserer feinsten künstlerischen Köpfe bekannt und seine Produktion, die jedem zugänglich war und jedem bedeutsam erscheinen mußte, der sich für deutschen Schrifttum interessierte, zogen einwandfrei für die im einfachsten wie kompliziertesten Sinne stillen ernste Bedürfnislosigkeit des Dichters. Schnitzler selbst hat den Standpunkt eingenommen, daß sein vor mehr als einem Jahrzehnt erschienes Stück unter dem Kaiserreich nicht aufgeführt sei. Er wollte damit aber sicher nicht unter keinen Umständen sagen, daß es im Theater überhaupt nicht dargestellt werden könne, denn selbstverständlich hat ihn bei der Niederschrift vorgeschwebt, mit seiner Arbeit im Sinne einer höheren Geistigkeit zu wirken. Wenn man wirklich einen Einwand gegen seine Kunst erheben will, so könnte man vielleicht

sagen, daß sie „Kunst für die Kunst“, d. h. nicht für die breiten Massen bestimmt sei. Es hat heute gegeben, die der Auffassung waren, daß ein wertvolles Kunstwerk nicht zum staubigen Tod in den Bibliotheken verurteilt bleiben dürfe. In München und Dresden haben sich nun aber diejenigen durchzusetzen gemocht, die erklärten, daß das ursprüngliche Urteil des Verfassers selbst über sein Stück auch heute noch Geltung hätte. Sie haben in Berlin Nachfolge gefunden, und vielleicht hätte man sich mit ihnen ernsthaft auseinandersetzen können. Da hat es sich indessen gezeigt, daß die Berliner Aktion in der Hauptsache nichts anderes als eine Veranstaltung deutschnationaler Obszönität war. Man wollte in Schnitzler die Republik treffen, aber die Aktion ist gescheitert. Moral und Sittlichkeit haben sich gegenüber dem deutsch-völkisch-antisemitischen Ansturm behaupten können, denn das Urteil dürfte auf Freigabe lauten.

Frankreichs Angstrufen.

Paris, 9. Nov. (W.F.) Die Agence Parass meldet: Die Generalkommission hat heute die Gesamtprüfung des Generalorganisationsproblems beendet. Der von der Kommission ausgearbeitete Reorganisationsplan soll die Bildung von starken Divisionen in Frankreich umfassen, um imstande zu sein, siegreich jedem Angriff Deutschlands zu widerstehen. Im Schutz dieser Bedeckung könnte die militärische, wirtschaftliche und industrielle Mobilisation Frankreichs in kurzer Zeit bewerkstelligt werden. Der Vorschlag hat keinen anderen Zweck, als Deutschland jeden Revanchegedanken zu nehmen.

Sowjetrussische Befürchtungen.

Die sowjetrussische „Molot“ meldet angeblich aus guter Quelle, daß Marshall Foch, der kürzlich in Amerika weilte, den Gedanken einer Militärintervention gegen Sowjetrußland propagierte und daß bei der bevorstehenden Washingtoner Konferenz der Versuch gemacht werden sollte, eine Interventionsaktion in die Wege zu leiten.

Ein kommunistischer Raubzug. Ein mit beispielloser Brutalität ausgeführter Raubüberfall auf einen geachteten alten Mann und dessen Frau fand jetzt vor dem Berliner Schwurgericht seine Sühne. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, Bestätigung und Beihilfe waren der Dreher Karl Schulz, der Schlosser Wilm Bach, der Bandarbeiter Richard Hartwig, der Berliner Lorenz Semmen, der Schiffskoch Karl Hiesing, der Arbeiter Friedrich Stielow, der Felleier Hermann Guntke und der Ingenieur und Betriebsrat Otto Hansen. Ähnliche Angeklagte sind Mitglieder der kommunistischen Partei. Wie der Angeklagte Stielow angegeben hat, handelte es sich darum, für die kommunistische Partei Geld zu beschaffen. Nachdem sie sich mit einer Flasche Wasser, mehreren Pistolen und Revolvern versehen hatten, schlichen sie sich am Abend des 6. November 1920 auf das Grundstück des Bauerngutbesitzers Karl Tzsche in Dallgow. Mit vorgehaltenen Schusswaffen zwangen sie gewaltsam den Besitzer und seine Frau zunächst zu Boden. Als trotzdem die Geheule um Hilfe riefen, goß Bach den Inhalt der Revolverflasche über den Kopf der alten Frau, so daß sie in tiefe Ohnmacht versank. Dann plünderten sie die Wohnräume, nahmen alle Wertgegenstände und Silberzeug und 2000 Mark Bargeld mit. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurden die Angeklagten zu Freiheitsstrafen von einem Jahre und mehreren Monaten Gefängnis bis zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Generalkrieg in Rom. Infolge eines Zwischenfalls zwischen Faschisten und Eisenbahnern hat die Arbeitskammer den Generalkrieg in Rom beschloffen.

25 000 Wienerer an die Entente abgeliefert. Nach dem Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland neben anderen Entlohnungen auch Tausende von Wienerern an die Entente, besonders für Frankreich und Belgien abzuliefern. Die Zentraluntergenossenschaft in Hannover hat jetzt den ersten Ablieferungstransport zusammengestellt, und der Zug hat Deutschland mit 25 000 Wienerern nach St. Amand verlassen. Eine französische Kontrollkommission hat die Übergabe der Wienerer überwacht. Ein zweiter Transport wird im kommenden Frühjahr folgen. Der ehemalige Flugplatz bei Hannover, die Wahrenwalder Heide, war der Sammelplatz für die meisten aus der Münchener Heide kommenden Wälder, die jetzt die zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien wieder beleben sollen.

Russische Maßnahmen. Das russische Zentral-Exekutivkomitee hat die Wiedereinführung der Anstaltung verbrecherischer Elemente in den entlegenen Randgebieten der Sowjetrepublik beschlossen. Diese Strafmaßnahme wurde in Rußland von altersher angewandt und ist erst kurz vor dem Kriege durch die Jarenregierung abgeschafft worden.

5 Millionen Liter französischen Wein muß Deutschland aus Frankreich beziehen. So meldet der „Exportateur Français“. Das Recht zu diesem Zinsband leitet es aus dem Friedensvertrag her. Inwiefern es begründet ist, erscheint belanglos. Jedenfalls muß Deutschland sich an französischem Wein für seine Arbeiter und Großverdiener verkaufen; die französischen Bürger verdienen — und für die nötigen Lebensnotwendigkeiten fehlt es an Geld, weil Deutschlands Valuta durch diese Zugzwänge vor die Hunde geht. Das Ganze nennt man die wirtschaftliche Logik des Friedensvertrages.

Die Generalrechnung nimmt zu! Im September sind in deutschen Grenzorten 1484 Einbürgerungen vorgenommen worden. Das sind 24% mehr als im September des Vorjahres. Von den 1484 Einbürgerungen entfallen nicht weniger als 875 auf Berlin. Außerdem aber rechnet die Statistik das Atomatorium in Berlin-Treptow mit 116 Einbürgerungen besonders, so daß die Gesamtzahl für Groß-Berlin 489 und somit ein Drittel der Gesamtzahl der deutschen Einbürgerungen beträgt. In welchem Abstand kommen Belgien mit 82, Dresden mit 75, Hamburg mit 62 und Chemnitz mit 58 Einbürgerungen.

Die Not der Arbeitslosen.

Zur Frage der Kartoffelversorgung.

86. Vollziehung des Volkstages

am Donnerstag, den 10. November 1921.

Die Aussprache über den Gesetzentwurf betr. Erwerbslosenfürsorge wird fortgesetzt. Als erster Redner spricht der

Hr. G. W. (S.). Er erklärt, daß seine Fraktion bei den Ausschussverhandlungen eine Reihe Abänderungsanträge stellen werde. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze ist unbedingt notwendig. In dem Gesetz fehlen Bestimmungen für den Fall, daß Erwerbslose oder deren Familienangehörige erkranken, sie dürfen dann nicht dem Wohlfahrtsamt unterstellt werden. Redner beschäftigt sich dann mit der Arbeitslosenversammlung und bestritt die dort einem Zentrumsdarstellenden nachgesagte Äußerung, daß ein Erwerbsloser erst dann unterstützungsberechtigt sei, wenn er kein Geld mehr habe.

Hr. Fischer (U.S.P.) betont, daß der einzige Vorteil des Gesetzes die Zusammenfassung aller Bestimmungen ist. Die Arbeitslosen teilen nicht um Unterstützung, sondern sie haben ein Recht auf Arbeit. Eine befriedigende Lösung der Arbeitslosenfrage ist im kapitalistischen Staat unmöglich. Den Arbeitslosen werden bei Stellung der Unterstützungsanträge Schwierigkeiten gemacht und erst nach langen Wochen erhalten die Antragsteller die Mitteilung, daß ihr Antrag abgelehnt ist. Die U.S.P. werde dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht zustimmen. Nicht die Gemeinden, sondern der Staat muß der Träger der Erwerbslosenfürsorge sein. Redner weist auf die Bestimmungen, daß bei Ausbesserungen keine Unterstützung gezahlt werden soll. Die Ausnahmestimmungen gegen die Arbeitsbeschäftigten und der Bedürftigkeitsparagrafen müssen beseitigt werden. Die Angabe, daß am 17. Oktober in Danzig 4346 Erwerbslose, davon 1419 unterkürzte, vorhanden waren, zweifelt Redner als zu gering an.

Hr. Frau D. (K.) schildert das Elend der erwerbslosen Frauen und Mädchen. Man zwingt Frauen, die 4 bis 5 Kinder zu versorgen haben, schlechtbezahlte Aufwartestellen anzunehmen. Wenn die Frauen mit dem Lohne nicht auskommen, werden sie vom Nachweis gestrichen. Mednerin entwirft dann ein Bild von dem Elend der Kinder, und der Not der unehelichen Mütter, die dem Verderben in die Arme getrieben werden. Für arbeitslose Frauen gebe es kaum eine Möglichkeit die Unterstützung zu erhalten. Im Gegensatz dazu stehe der frasse Luxus vieler bürgerlicher Frauen.

Hr. Sturm ist der Meinung, daß das Gesetz doch nicht so schlecht sein kann, weil es sich an die im Deutschen Reich geltenden Bestimmungen anlehne, die unter Mithilfe der Gewerkschaften geschaffen wurden. Den mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Beamten müsse etwas freies Hand gelassen werden. Die Stellen müßten mit geeigneten Beamten besetzt werden. Die Deutsche Partei stimme der Ueberweisung an den sozialen Ausschuss zu.

Hr. G. (S.) weist die von der Hr. D. gegen die Frauen des Bürgerrechts erhobene Anschuldigung zurück und lobt die christliche Nächstenliebe. Redner tritt dafür ein, daß durch Wege- und Chausseebauten die Arbeitslosigkeit gemildert wird. Eine befriedigende Lösung der Arbeitslosenfrage würde auch nicht gelingen, wenn der Hr. G. Senator für Soziales wäre.

Hr. Men. Neef: Die bisherigen Redner haben in berechneten Worten die Not derjenigen Arbeitslosen geschildert, die noch in den Genuss der Unterstützung kommen. Diese Zahl ist aber derartig klein und beschränkt, daß sie fast gar nicht ins Gewicht fällt. Denn ein sehr großer Teil der Danziger Erwerbslosen erhält überhaupt keine Unterstützung und zwar nicht etwa aus den Gründen heraus, weil die bestehenden Gesetze und Verordnungen, die Danzig übernommen hat, dies nicht zulassen, sondern weil die Geschäftsstelle für Erwerbslosenfürsorge eine Handhabung dieser Gesetze und Verordnungen hat, die in direktem Gegensatz zu den Gesetzen und Verordnungen steht. Das ist natürlich auch kein Wunder, denn die Herren, die in der Geschäftsstelle der Erwerbslosenfürsorge sitzen, wissen und kennen die verschiedenen Dinge aus eigener Erfahrung durchaus nicht. Sie kommen aus Kreisen, in denen man sich in das Milieu des Arbeiter überhaupt nicht hineinversetzen kann. Sie mögen den besten Willen haben, das Richtige nach dieser Richtung hin zu tun. Aber sie kennen die bürgerlichen Verhältnisse nicht. Wir sind heute bekannt, daß Erwerbslose 13, 14 und 20 Wochen lang ohne den elementaren Nahrungsmitteln geblieben sind und die dann nur ihr Leben fristen konnten dadurch, daß sie sich an Verwandte wandten. Die über einige Erwerbslosen verfaßten und daß sie diesen Verwandten dann die vorgeschriebenen und so ihr Leben fristeten. Später hat sich dann in diesen Fällen herausgestellt, daß den Leuten zu unrecht die Erwerbslosenunterstützung nicht gezahlt wurde.

Ich kenne einen Fall, der hat den sozialen Ausschuss hier beschäftigt. Es handelt sich um einen Bomer der Danziger Werft. Der Mann ist wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Hinterher ist von einem Beamten der Werft, der dem Bomer sehr beliebt war, angegeben worden, daß die Entlassung aus anderen Gründen erfolgte. Der Mann bekam die Unterstützung nicht. Er hat sich in einer Eingabe an den Volkstag gewandt und der soziale Ausschuss hat sich dafür entschieden, daß der Senat diesem Mann die Unterstützung zu gewähren habe. Der Mann ist bis auf den heutigen Tag noch nicht in den Besitz der Unterstützung gekommen. Jeder Arbeitgeber, der einem Arbeiter nicht wohlgeht, hat es in der Hand, die Erwerbslosenunterstützung dem Arbeiter vorzuenthalten. Das ist eine Bestimmung, die gerochen Unrecht ist. Ein solcher Mann kann alle Befehl in Bewegung setzen, er wird nicht in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung kommen, weil der Arbeitgeber es in der Hand hat, ihm eine Bescheinigung, daß er wegen Mangel an Arbeit entlassen ist, zu verweigern, und solche Fälle kommen sehr häufig vor. Fälle, die sich hier in Danzig als Hafenstadt in unend-

lich großer Zahl ereignen. Und folgende: Jeder Mensch weiß, daß wir hier über eine große Zahl von sogenannten unständigen beschäftigten Arbeitern verfügen. Darunter versteht man die sogenannten Gelegenheitsarbeiter, die im Hafen usw. beschäftigt sind. Die Leute werden vom Arbeitgeber nicht in der Krankenkasse angemeldet. Der Arbeitgeber stellt auch keine Krankenkassenmarken, er gibt ihm auch keine Bescheinigung irgendwelcher Art. In Danziger Handelskreisen ist bekannt, daß in der letzten Zeit die Schiffahrt stark nachgelassen hat. In einem Falle geht der Mann seit Anfang Oktober wieder heim. Die Geschäftsstelle teilt ihm mit, er müsse durch Ausweis nachweisen, wo er seit seiner letzten Beschäftigung vom 15. März ab tätig gewesen ist. Das ist ein Verlangen, das der Mann absolut nicht erfüllen kann, weil er in dieser Zeit bei vielleicht einigen hundert Arbeitgebern tätig gewesen ist. Wir sind Hunderte, Tausende von Fällen bekannt, wo man Frauen und Mädchen nicht nur aus dem Grunde die Erwerbslosenunterstützung verweigert hat, weil sie Auswärtigen abweisen, sondern wo man sie ihnen verweigert hat, ohne ihnen überhaupt eine Aufwartestelle nachzuweisen. Bei dem Arbeitsamt sind seit Monaten keine Personen bekannt, die Aufwartestellen und -frauen suchen. Die Geschäftsstelle für Erwerbslosenfürsorge verlangt, daß die Frauen und Mädchen Aufwartestellen annehmen sollen. Sie gehen nun zum Arbeitsamt und verlangen, daß man ihnen Aufwartestellen nachweise. Das Arbeitsamt hat keine Aufwartestellen und die Geschäftsstelle weist sie ab, weil sie keine Aufwartestellen annehmen wollen. Das sind auch Dinge, die sich täglich abspielen.

Herr Sturm sagte nun, die deutschen Gewerkschaften haben an den Verordnungen und Bestimmungen mitgewirkt. Das ist richtig, Herr Sturm. Sie haben mitgewirkt, aber sie wissen doch auch, daß in allen anderen Orten des Deutschen Reiches die Arbeiterschaft durch die Demokratie einen größeren Einfluß auf die Befestigung dieser Stellen ausübt, die diese Gesetze und Verordnungen zu bearbeiten hat. Das ist hier bei uns in Danzig leider nicht der Fall. Unser Senat setzt in diese Stellen Personen hinein, die vom praktischen Leben absolut keinen blauen Schimmer haben, Affektoren usw. Auf die Auslegung dieser Bestimmungen und Gesetze kommt es an.

Da ist der Herr, der die erste Geige in der Geschäftsstelle spielt, ein wahrer Virtuose in der Art der Auslegung von Bestimmungen und Verordnungen. Wir haben uns schon oft gewundert, daß es überhaupt in Danzig noch Erwerbslose gibt, die Unterstützung bekommen, denn nach der Auslegungssart dieses Herrn würden überhaupt nach diesen Verordnungen und Gesetzen gar keine Erwerbslosen auch nur einen einzigen Pfennig Erwerbslosenunterstützung erhalten. In den Familien wird es natürlich immer ein oder zwei Familienmitglieder geben, die eine schlecht bezahlte Stelle irgendwo haben und dann ist die ganze Erwerbslosenunterstützung zur Gasse für diese Familie geworden. Das ist eben der

Unterschied, der zwischen Danzig und dem Deutschen Reich besteht.

Im Deutschen Reich sind diese Stellen von Leuten besetzt, die in wohlwollender Weise diese Verordnungen und Bestimmungen auslegen, während das hier in Danzig das genaue Gegenteil davon ist.

Alle Beschwerden an den Senat sind erfolglos. Den Herren im sozialen Ausschuss, die bei der Beratung dieser

Sonntag, den 13. November Wahl zur Allgem. Ortskrankenkasse

von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr

Die Liste der freien Gewerkschaften ist die Liste V I. Niemand verabsäume, sein Wahlrecht auszuüben.

Die Kasse ist jetzt täglich bis 8 Uhr abends geöffnet, damit die unständig Beschäftigten ihren Wahlausweis in Empfang nehmen können.

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

(Fortsetzung.)

„Papperlapapp!“ riefen die Alten, „schlag dir doch der-
gleichen Mucken aus dem Sinn! Wenn die Purischen nicht
brav wären, so hätten wir nicht geduldet, da sei ruhig!“
„Das weiß ich alles!“ erwiderte Hediger; „aber das Jahr
ist lang, und wenn es vorbei ist, kommt wieder ein anderes.
Ich kann euch versichern, ich erschrecke jedesmal, wenn einer
mit einer feineren Nigarre mir ins Haus kommt! Wird
er nicht dem Luxus und der Genussucht anheimfallen?
denke ich. Sehe ich eine der jungen Frauen mit einem neuen
Kleid eintreten, so fürchte ich, sie stirbt den Mann in ihre
Umstände und Schanden; spricht einer auf der Straße mit
einem verschuldeten Menschen, so ruft es in mir: Wird der ihn
nicht zu einer Unbesonnenheit verführen? Kurz, ihr seht, daß
ich mich demüßigt und abhängig genug fühle und weit ent-
fernt bin, mich noch einem reichen Gegenwärtigen gegenüber
in Dienstbarkeit zu versetzen und aus einem Freunde einen
Herren und Vorgesetzten zu schaffen! Und warum soll ich wün-
schen, daß mein junger Schnaufer von Sohn reich und ge-
borgen fühle und mit dem Hochmut eines solchen vor
der Nase herumlaufe, er, der noch nichts erfahren? Sollte
ich helfen, ihm die Schule des Lebens zu verschließen, daß er
schon bei jungen Jahren ein Hartnäckiger, ein Flegel und
ein Hummel wird, der nicht weiß, wie das Brot wächst, und
noch Wunder meint, was er für Verdienste besitze? Nein,
ich will, mein Freund! hier meine Hand darauf! Nichts
von Schwärmerei, fort mit dem Gegenwärtigen!“ Die bet-
ten Alten schüttelten sich die Hand, die übrigen lachten, und
Bügel sagte: „Wer würde nun glauben, daß ich zwei, die in
der Vaterlandsliebe erst so wisse Worte geredet und uns
die Köpfe gewaschen hat, nun im Umfassen so törichtes Zeug
beginnen würde! Gott sei Dank! So habe ich also doch noch
Aussicht, meine zweifelhafte Bettstelle an den Mann zu
bringen, und ich schlage vor, daß wir sie dem jungen Pärchen
zum Hochzeitsgeschenk machen!“

„Angenommen!“ riefen die andern vier, und Pfister, der
Bügel, fügte hinzu: „Und ich verlange, daß man das
Schweizerblut an der Hochzeit austrinken werde, der wir alle
beimohnen!“

„Und ich werde es bezahlen, wenn sie Ratfindet.“ schrie
Frymann zornig, „aber wenn nichts daraus wird, wie ich
sicher weiß, so bezahlt ihr das, und wir trinken es in
unsern Sittungen, bis wir fertig sind!“ Die Wette ist an-
genommen!“ hieß es; doch Frymann und Hediger schlugen mit
den Fäusten auf den Tisch und wiederholten in einem Fort-
schritt: „Nichts von Schwärmerei! Wir wollen keine Gegen-
schwärmer sein, sondern unabhängige gute Freunde!“ Mit
diesem Ausruf war die inhaltreiche Sitzung endlich ge-
schlossen, und die Freiheitliebenden wandelten fest und auf-
recht nach Hause.

Beim nächsten Mittagessen eröffnete Hediger, als die Ge-
setzten fort waren, seinem Sohne und seiner Frau den fester-
lichen Beschluß von gestern, daß zwischen Karl und des
Himmermanns Tochter fortan kein Verhältnis mehr gedul-
det würde. Frau Hediger, die Hühnerschmeckin, wurde durch
diesen Gewaltspruch so zum Fahren gereizt, daß ihr das Ne-
cken Wein, welches sie eben austrinken wollte, in die Rüs-
röhre geriet und ein gewaltiges Puffen verursachte.

„Was ist da zu lachen?“ sprach ärgerlich der Meister;
seine Frau erwiderte: „Ach, ich muß nur lachen, daß das
Sprichwort: „Schüler, bleib beim Beil!“ auch auf eueren
Verein anzuwenden ist! Was bleibt ihr nicht bei der Poli-
tik, lacht euch in Liebeshändeln zu mischen?“

„Du lachst und sprichst wie ein Weib!“ versetzte
Hediger mit großem Ernst; „eben in der Familie beginnt die
wahre Politik; freilich sind wir politische Freunde; aber um
es zu bleiben, wollen wir nicht die Familien durcheinander
werfen und Kommunismus treiben mit dem Reichthum her-
ein. Ich bin arm und Frymann ist reich, und so soll es
bleiben; um so mehr gereicht uns die innere Gleichheit zur
Freunde.“ Soll ich nun durch eine Heirat meine Hand in sein
Haus und in seine Angelegenheiten stecken und den Eifer und
die Befangenheit wahrnehmen? Das sei ferne!“

„Es ist ein das sind doch wunderbare Grundätze!“ ant-
wortete Frau Hediger; „schöne Freundschaft, wenn ein
Freund dem Sohne des andern seine Tochter nicht geben
mag! Und seit wann heißt es denn Kommunismus, wenn
durch Heirat Wohlhabenheit in eine Familie gebracht wird?
Ist das eine verwerfliche Politik, wenn ein glücklicher Sohn
ein schönes und reiches Mädchen zu gewinnen weiß, daß er
dadurch zu Reich und Ansehen gelangt, seinen betagten
Eltern und seinen Brüdern zur Hand sein und ihnen helfen
kann, daß sie auch auf einen grünen Zweig kommen? Denn
wo einmal das Glück eingeleitet ist, da greift es leicht um
sich, und ohne daß dem einen Abbruch geschieht, können die
anderen in seinem Schatten mit Glück ihre Augen auswer-
fen. Nicht, daß ich es auf ein Schlaraffenland absehe! Aber
es gibt gar viele Fälle, wo mit Anstand und Recht ein reich
gewordener Mann von seinen unmittelbaren Verwandten
mag zu Rat gezogen werden. Wir Alten werden nichts mehr
bedürfen; dagegen könnte vielleicht die Zeit kommen, wo
dieser oder jener von Karls Brüdern eine guttinternehmung
eine glückliche Veränderung wagen möchte, wenn ihm je-
mand die Mittel anvertraut. Auch wird der eine und andere
einen begabten Sohn haben, der sich in die Höhe schwingen
würde, wenn das Vermögen da wäre, ihn studieren zu lassen.
Der würde vielleicht ein bester Arzt werden, der ein an-
gesehener Advokat oder gar ein Richter, der ein Ingenieur
oder ein Künstler, und allen würde es dann, einmal
so weit gekommen, wiederum ein leichtes sein, sich gut zu ver-
halten und so zuletzt eine angesehene, glückliche und glück-
liche Familie zu bilden. Was wäre nun menschlicher, als
daß ein begabter Sohn da wäre, der, ohne sich Schaden an-
tun, seinen rühmlichen, aber armen Verwandten die Welt auf-
tut? Denn wie oft kommt es nicht vor, daß um eines Glück-
lichen willen, der in einem Hause ist, auch alle andern etwas
von der Welt erschnappen und flug werden? Und alledem
wollt du den Zapfen vorstrecken und das Glück an der Quelle
verstopfen?“

(Fortsetzung folgt.)

Eine erfreuliche Erscheinung. Der Deutsche Rrienerbund richtet gegen die Erhöhung der Biersteuer eine lange Eingabe an den Reichstag, die einige bemerkenswerte Angaben über das Sinken des Bierverbrauchs in Deutschland enthält. Die Biererzeugung, die im letzten Friedensjahr rund 70 Millionen Hektoliter betrug, ist demnach auf fast ein Drittel zurückgegangen. Der Rückgang beträgt in Norddeutschland 64 vom Hundert, in Bayern 64 vom Hundert, in

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 2.

Manon, die Birkin vom goldenen Samt
Operette in 3 Akten von F. Zell. Musik von Richard
Günther. Szenische Leitung: Erich Sternbach.
Musikalische Leitung: Ludwig Schleich.
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. Er-
höhte Preise. Einmal. Gastspiel Prof. Ferdinand
Gregori, Berlin. „Nathan der Weise“. Ein
dramatisches Gedicht von W. E. Schlegel. Nathan:
Prof. Gregori als Gast.

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Mäße (literarische)
Morgenblätter. Prof. Gregori: „Der frühliche
Geist“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. Neu einstudiert: „Trafalgar“. Musik-
drama in 3 Akten von Eugen d'Alberty.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Norman

Heute, Freitag, den 11. November,

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Nixchen“

Operette in 3 Akten von Osk. Straus.

Sonntag, den 12. November:
Vorstellungsreihe „Sicher wie Jold“.

Vorverkauf in Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt,
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (5510)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Deutscher Heimatbund Danzig

Lage Einigkeit, Neugarten 8

Sonntag, 18. November 1921, abds. 7 1/2 Uhr:

Ernte und heitere Dichtungen

von Herbert Seike

verlesen von Oberpräsident Meyer, Schauspieler Lothar

Böttger und dem Verleser.

Dazu: Musikalische Darbietungen

durch Elisabeth Zabel-Gerschner (Gesang) und Johannes

Schneider (Klavier). (5539)

Eintritt frei!

Voranzeige: Dienstag, 15. November 1921,

abends 8 Uhr: Naturforschende Gesellschaft

VORTRAG

Natur und Bewohner des Welcheslandes

I. Teil (Prof. Bruns)

Internationaler Artisten-Verband 1891

Sicher wie Jold

Sektion Danzig

Morgen

Sonntag, den 12. Nov. 1921 8 Uhr

zur Feier des 30. Jahr. Bestehens

des Verbandes

Das große

Wohltätigkeits-Künstler-Fest

bestehend in

Fest-Konzert / Fest-Vorstellung

Fest-Ball / Fest-Belustigungen

zum Besten der Unterstützungskasse von

Sicher wie Jold u. der Lungenheilstätte Jenkau

im Wilhelm-Theater!

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann,
Saal 15 Mk., Loge 20 Mk., einschließl. Ball.

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.



Ab heute:

Gunnar Tolnaes

in

Im Rausche der Nacht

I. Teil

Eine nord. Film-Phantasie
in 5 Akten

Ferner:

Der Schicksalstag

mit

Mady Christians

Ein herrliches Schauspiel
in 5 Akten. (5538)

Vorführung 4, 6 und 8 Uhr.

Billig MÖBEL Billig

Jeder Art. Ganze Wohnungseinrichtungen
auch einzelne Stücke kaufen Sie bei

Fenselau Altstädtischer
Graben Nr. 35.

Metropol-

Lichtspiele

Dominikswall 12.

Endlich freigegeben von der
Zensur

Ist der zweite **HARRY HILL**-Großfilm

Die Hochbahn-Katastrophe!

Sensationelles Erlebnis in 6 Riesen-Akten.
Verfolgungs-Szenen!

Harry Hill springt vom 180 Meter hohen
Schornstein in den Strom.

Harry Hill springt vom Fenster des 8.
Stocks an die Telephondrähte
und hängt sich an diese mittels
Spazierstock.

Harry Hill springt von 75 Meter hoher
Brücke in den Kanal.

Harry Hill gelangt an einem Seil über
eine 1000 Meter tiefe Schlucht
u. s. w.

Die Liebe vom Zigeuner stammt!

Drama aus den ungarischen Bergen
in 6 großen Akten. (5545)

4 - 6 - 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Gedania-Theater

Schlesienstrasse 53/55 (5547)

Ab heute, nur bis einschließl. Montag!
Versäumen Sie nicht, sich den her-
vorragend. Spielplan anzusehen!

„Der Kurier von Lissabon“

Detectiv-Drama in 6 großen äußerst spannenden Akten.
Detectiv Heinrich Peer.

I. Boy: Emil Bisenbach. II. Boy: Henry Stern.

Der große Karichen-Schlager!

„Der Lawinenlöwe“

Lesestück in 5 Akten
mit Carl Victor Plagge.

„Nobody“ IV. Episode:

„Die Dame in Trauer“

Restaurant Gambrinus

Inh.: Arthur Klatt
Neufahrwasser
Sasporstrasse 45 Ecke Kirchenstrasse

Angenehmer Aufenthalt

W. Biere, Weine und Liköre

Massanfertigung

vornehmer Herren- u. Damengarderoben
Gute Stoffe und Zutaten

nach zu vorteilhaften Preisen. Reelle Bedienung.
Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen.

Fr. Platzeck, Schneidermeister

Tischergasse Nr. 42, 2 Treppen. (5490)

Salbfett-Käse

pikant,
in größeren u. kleinen Posten zum Preise von

Mk. 5.— bis 5.50 per Pfund

gibt ab

Frau Kaiser, (5536)

Markthalle, Stand Keller.

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender

1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Danziger Spielwarenhaus

Julius Meysen
(früher L. Lankoff)
4. Damm 7
Eingang Hökerergasse



Bestenfalls für Spielwaren. Dankbar größte Auswahl

Besorgen Sie jetzt schon Ihre

Weihnachtseinkäufe.

Altstadt. Roßschlächterei

Die neu eröffnete

vis-à-vis der Markthalle

Telephon 1078 Lawendelgasse Nr. 9 Telephon 2801

offeriert zu soliden Preisen ihre la prima Ware und bittet das geehrte
Publikum um gütigen Zuspruch.

5394

Hochachtungsvoll
Johannes Münz jun.

Richard Scheer

Junkergasse 1a, an der Markthalle.

Verkauf von

Weinen und Spirituosen

zu Originalpreisen der

Kalifornischen Weinhandlung

Anfertigung eleganter Damen- u.
Herren-Garderoben nach Maß

zu billigsten Preisen. (5446)

Mitgebrachte Stoffe werden verarbeitet.

Reparaturen — Waschen — Modernisieren

H. Guddat, Schneidermeister.

Breitgasse 58, Eingang Zwirngasse.

Danziger Glossen

Heft 1 Mk. 1.50
Heft 2 „Der Hühner“ „ 2.50
Heft 3 „ 1.50
Heft 4 „ 1.50

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

in trockenes

offenfertiges

Stubbholz

Stiche, Buche, Zentner

13.50 ab Lager Alt-

Schottland 1/2. (5465)

Wilhelm Prillwitz.

Telefon 2530.

1 Stügel-Wister

zu verkaufen. Globke,

Faulgraben 8, I.

Kleiner, schwarzer (†

Sund entlaufen.

Steuerkarte Nr. 133.

Berger, W. Henga 3.



Halpaus

Rittmeister

QUALITÄT

UNERREICHT

DIE NEUE DICKE ZIGARETTE

ohne Mundstück 20 Pfg.

mit Goldmundstück 25 Pfg.